

9. Oktober 2021

Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Kommentiert wird die Lage der CDU nach dem angekündigten Rückzug des Parteivorsitzenden Laschet. Hauptthema ist aber die Vergabe des Friedensnobelpreises an die Journalisten Maria Ressa von den Philippinen und Dmitri Muratow aus Russland.



Dmitri Muratow und Maria Ressa erhalten den Friedensnobelpreis 2021 (imago images / Mikhail Metzel und imagop images / Richard James Mendoza)

Dazu schreibt die **RHEINPFALZ** aus Ludwigshafen: „Der Friedensnobelpreis ist gesellschaftspolitisch der wichtigste Preis der Welt. Die Philippinin Maria Ressa und der Russe Dmitri Muratow sind würdige Preisträger. Ihr journalistisches Können und ihr Mut sind bewundernswert. Ihr oft einsamer Kampf für die Pressefreiheit ist in der Tat ein Kampf für den Frieden – bei ihnen zu Hause und in der Welt. Aber machen wir uns nichts vor: Die Putins, Xi Jinpings, Erdogans, Kim Jong-uns oder Dutertes lassen sich von diesem Preis für Pressefreiheit und Frieden wohl kaum beeindruckt – in all ihrem Machtdünkel und all ihrer Selbstherrlichkeit“, ist sich die **RHEINPFALZ** sicher.

Die **OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG** sieht es so: „Es lohnt sich genau hinzusehen, um zu verstehen, warum es Maria Ressa von den Philippinen und Dmitri Muratow aus Russland sind, denen diese Ehre zuteil wird. Beide gehen ihrem Beruf unter schwersten und gefährlichsten Bedingungen nach. Dabei waren die Länder, in denen die Preisträger leben, einst Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen. Und das Recht Meinungsfreiheit wird in der Charta der Vereinten Nationen allen Menschen garantiert. Deshalb sollte es auch uns gut tun, mehr auf das zu achten und zu kultivieren, was scheinbar wie eine Selbstverständlichkeit wirkt“, bemerkt die **OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG**.

Die **NEUE OSMABRÜCKER ZEITUNG** führt aus: „Im Unterschied zu anderen stellen

Die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG** räumt aus: „Im Unterschied zu anderen Stellen Journalisten wie Ressa und Muratow nicht ihre eigene Überzeugung und ihre eigene Mission in den Vordergrund. Sie ermöglichen es Menschen, sich eine eigene Meinung zu bilden, frei zu leben und Freiheit zu fordern und auf diese Weise Frieden zu fördern. In unfreien Gesellschaften bedeutet das für sie nicht selten Gefahr – aber auch in westlichen, demokratischen Ländern kann eine falsche Meinung bedenkliche Folgen haben. Womöglich mag der Friedensnobelpreis auch hier zur Toleranz mahnen. Die Breite von Meinungen dient dem Frieden und gefährdet ihn nicht“, meint die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG**.

In der **DITHMARSCHER LANDESZEITUNG** ist zu lesen: „In der 120-jährigen Geschichte des Friedensnobelpreises fiel die Wahl selten auf Vertreter einer Zunft, die es schon immer schwierig hatte, wenn sie ihren Job richtig machte – unabhängig, frei und furchtlos gegenüber Obrigkeiten. Das funktioniert jedoch nur bei ungehindertem Zugang zu seriösen Informationen. Journalisten kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Doch geraten sie weltweit seit Jahren zunehmend unter Druck – selbst in gefestigten Demokratien wie Deutschland, das im vergangenen Jahr in der Liste der Reporter ohne Grenzen von einem ‚Gut‘ in Sachen Pressefreiheit auf ein nur noch ‚Zufriedenstellend‘ herabgestuft wurde, insbesondere wegen Übergriffen bei Demonstrationen gegen die Corona-Politik. ‚Lügenpresse‘ wird dann skandiert. Gegen diesen Geist der Unfreiheit setzt das Nobelpreiskomitee ein starkes Zeichen“, unterstreicht die **DITHMARSCHER LANDESZEITUNG** aus Heide.

„Pressefreiheit ist nicht allein die Freiheit von Journalisten, zu sagen oder zu schreiben, was sie meinen“, heißt es in der **MITTELDEUTSCHEN ZEITUNG** aus Halle: „Sie ist die Freiheit, die alle Menschen besitzen sollten, neben Fakten auch ihre Meinungen straffrei zu veröffentlichen – ohne zu lügen, zu hetzen oder zu beleidigen. Doch die Morde an Journalisten, etwa an der Malteserin Daphne Caruana Galizia im Jahr 2017, beweisen, dass kritische Recherchen und freie Meinungsäußerungen auch im ach so gefestigten Europa gewaltsam enden können. Zu zeigen, was ist und zu sagen, was daraus werden könnte – im Guten wie im Schlechten – das ist die Aufgabe von Journalisten. Sich darauf immer wieder neu zu besinnen, diesen Impuls setzt die Auszeichnung in Oslo“, stellt die **MITTELDEUTSCHE ZEITUNG** heraus.

Die **SÜDWEST PRESSE** aus Ulm ist folgender Meinung: „Man muss schon sehr um die Ecke denken, wenn man Meinungsfreiheit zur Voraussetzung für dauerhaften Frieden erklärt. Mag der Friedensnobelpreis also auch die falsche Plattform sein, so erinnert die Vergabe an die Journalisten Maria Ressa und Dmitri Muratow dennoch an etwas Wichtiges: Dass das Streben nach Wahrheit in Zeiten von Fake News und selbsternannten Journalisten, die eigentlich nur Meinungsmache betreiben, ein Wert ist, der nicht in Vergessenheit geraten darf.“

Die **BADISCHEN NEUESTEN NACHRICHTEN** halten fest: „Das Osloer Komitee hat in der Vergangenheit viele umstrittene, manchmal sogar falsche Entscheidungen getroffen. Diese ist ermutigend. In einer Zeit, in der Fake News zu Propagandazwecken oder als Geschäftsmodell eingesetzt werden, stärkt sie alle, die sich der Wahrheit verpflichtet fühlen, Machtmissbrauch, Korruption oder Verletzung von Freiheitsrechten anprangern und so in Ländern, in denen die Kontrolle der Mächtigen durch das Parlament ausfällt, im wahrsten Sinne aufklärerisch wirken. Nichts fürchten Diktatoren, Autokraten oder Gewaltherrscher

„...wirken. Nichts fürchten Diktatoren, Autokraten oder Gewaltherrscher mehr als Presse- und Meinungsfreiheit. Denn sie sind die Garanten einer freien und demokratischen Gesellschaft. Und damit auch für den Frieden“, urteilen die **BADISCHEN NEUESTEN NACHRICHTEN** aus Karlsruhe.

Themenwechsel. Auch die Lage der CDU beschäftigt nach wie vor die Kommentatoren. Die **FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG** erklärt: „Nach dem Fast-Rückzug Armin Laschets ist vieles möglich, aber nur wenig wahrscheinlich. Jamaika? Niemand weiß, wer am Ende Kanzler dieser Koalition wäre. Laschet? Nicht ausgeschlossen, aber unwahrscheinlich. Söder? Ebenso unwahrscheinlich. Jemand anderes? Etwa der neue CDU-Vorsitzende, den es dann womöglich noch gar nicht gibt? Wie sollte das gehen? Das werden sich auch Grüne und FDP fragen. Sie werden kein gutes Gefühl bei dem Gedanken haben, dass Olaf Scholz die Sackgasse, die sich da auftut, für seine Zwecke nutzen kann. Zur gespenstischen Lage der Union gehört vor allem dies: Die CDU ist nicht nur Opfer ihrer selbst, sondern Spielball der CSU. Die Schmutzeien gegen Laschet sind ein Tiefpunkt in der Geschichte dieser Zweierbeziehung. Das wird das Verhältnis beider Parteien dauerhaft belasten“, erwartet die **FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG**.

DIE GLOCKE aus Oelde merkt an: „Es ist bitter: Am Ende der politischen Karriere von Armin Laschet empfindet man schon fast so etwas wie Mitleid mit ihm. Nicht viel mehr als acht Monate liegen zwischen seiner Wahl zum Vorsitzenden der CDU durch die Delegierten des Bundesparteitags und seinem grandiosen Scheitern als Spitzenkandidat der Union bei der Bundestagswahl. Doch statt Verantwortung für das wohl schlimmste Wahldebakel von CDU und CSU zu übernehmen und sofort persönliche Konsequenzen zu ziehen, laviert er noch immer herum, sieht sich als CDU-Chef weiterhin in der Rolle des Gestalters. Das lässt sich nur mit einem hohen Maß an Realitätsverlust erklären“, notiert DIE GLOCKE.

Die **SÄCHSISCHE ZEITUNG** aus Dresden analysiert: „Vielen Wählern dürfte es schmerzlich gefallen sein, zu sagen, wofür die CDU überhaupt noch steht. Es ist ja richtig, dass Bürger sich kaum für Programmdebatten interessieren. Aber der Union fehlen inzwischen auf vielen Gebieten politische Botschaften, die über den Tag hinaus weisen. An gesellschaftlichen Entwicklungen kann natürlich auch eine konservative Partei nicht einfach vorbei gehen, wenn sie gestalten will. Aber sie braucht ein Profil, das sie unterscheidbar macht, auch durch deutliche Kontroversen mit dem linken Spektrum“, gibt die **SÄCHSISCHE ZEITUNG** zu bedenken.

Die Zeitung **DIE WELT** erläutert: „In der CDU benötigen zumindest die gemäßigten, nicht vollständig auf Krawall gebürsteten Kräfte die Resthoffnung auf ein Jamaika-Bündnis, um die Wochen bis zu einem Parteitag oder einer andersgearteten Klärung ihrer zerrütteten Verhältnisse überhaupt irgendwie zu überstehen.“ Mit dieser Stimme aus der **WELT** endet die Presseschau.